

# DIE ZEIT

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

Sonderdruck aus Nr. 23/67,

Hamburg

9. Juni 1967

Verteilt vom ASTA der TU und FU Berlin und vom ASTA Hamburg mit freundl. Genehmigung der ZEIT

## Die Polizeischlacht von Berlin

Nach der Tragödie:

Die Verantwortlichen spielen sich als Unschuldige auf / Von Kai Hermann

*Berlin, im Juni*

Eine Demonstration von einigen hundert Studenten gegen den Schah von Persien hat Westberlin an den Rand des Chaos gebracht und die schwerste politische Krise seit dem August 1961 heraufbeschworen. Die Berliner Polizei, vor die Aufgabe gestellt, gegen eine das Demonstrationsrecht überschreitende kleine Gruppe unter den Demonstranten vorzugehen, gebärdete sich als wildgewordenes Rollkommando. Diese Polizei ist nicht nur stärker, sondern auch angeblich besser ausgebildet als die irgendeines Bundeslandes — der besonderen Situation der Stadt entsprechend. Aber sie erwies sich trotz ihrer großen Übermacht als unfähig, eine Ansammlung erregter Studenten mit angemessenen Mitteln unter Kontrolle zu halten.

Berlins politische Führung aber, die seit Monaten ihre Hilflosigkeit gegenüber der oppositionellen Studentenschaft demonstriert hat, versagte in der ersten Bewährungsprobe, vor die der Senat Albertz gestellt ist — jener Senat, der mit so vielen Vorschußlorbeeren bedacht wurde, der Regierende Bürgermeister, der „einiges anders“, nämlich besser als sein Vorgänger machen wollte, scheinen in der ersten Krise den Kopf zu verlieren.

Das Unbegreifliche begann beim Eintreffen des Schahs vor dem Schöneberger Rathaus am Freitagmorgen. Polizei und Protokoll postierten eine „schahfreundliche“ Persergruppe vor den Absperrungen. Die Iraner stürzten sich plötzlich auf die dichtgedrängten Neugierigen und Demonstranten und schlugen mit Stahlruten, Totschlägern und Holzlatten auf sie ein. Die Polizei bildete für diese Aktion Spalier. Sie griff erst nach mehreren Minuten ein. Sie nahm nicht einen der Schläger fest und weigerte sich, Personalien festzustellen. Das alles geschah vor den Augen des Innensenators.

Dieser Schlägertrupp, zum Teil mit Pistolen und Ausweisen des persischen Geheimdienstes

ausgerüstet, wurde dann am Abend von zwei städtischen Bussen in der Kolonne der Ehrengäste zur Oper gefahren. Dort durften die Perser sich wieder vor der Absperrung formieren, konnten ungehindert Steine in die Demonstranten werfen und später an der Jagd der Polizei auf die Studenten teilnehmen.

Was vor der Oper geschah, verlief zunächst nach dem Generalstabsplan des Polizeipräsidenten Dünsing. Er hatte die Anweisung gegeben, bis zum Eintreffen des Schahs nicht massiv gegen die Demonstranten vorzugehen, um dem Kaiserpaar den Anblick einer Straßenschlacht zu ersparen. Als sich die Türen der Oper hinter dem Ehrengast Dünsing geschlossen hatten und drinnen die Nationalhymnen erklangen, wurde draußen weisungsgemäß der Befehl „Knüppel frei“ gegeben. Das geschah zu einem Zeitpunkt, an dem — wie der Polizeipräsident sich später ausdrückte — „der Kampfauftrag erfüllt“ war und der Schah, nur verbal belästigt, die Oper sicher erreicht hatte.

Das läßt nur einen Schluß zu: Es sollte ein Exempel statuiert werden — mit Gummiknüppeln. Der Polizeipräsident erklärte seine Strategie auf einer Pressekonferenz mit dem Bild einer Wurst, deren linkes Ende stinkt: „Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, nicht wahr, dann müssen wir in die Mitte hineinstecken, damit sie an den Enden auseinanderplatzt.“ Immerhin kehrte Dünsing zum Höhepunkt der Schlacht aus der Oper auf seinen — wie er sagte — „Gefechtsstand“ zurück. Er muß demnach Zeuge der scheußlichen Szenen gewesen sein, die sich um diese Zeit abspielten. Einige seiner Beamten übten gnadenlose Selbstjustiz — unter den Augen und mit Duldung ihres Behördenchefs und der Einsatzleiter.

Offenbar um die Kampfesfreude der Beamten zu steigern, wurde zunächst als Flüsterparole, dann von einem Einsatzleiter über Lautsprecher die Nachricht verbreitet, ein Polizist sei durch

Messerstiche von Demonstranten getötet worden. Dünsing konnte auch dieses „Mißverständnis“ später der Presse erklären: Ein Beamter habe, von einem Stein am Kopf getroffen, „geblutet wie ein Schwein“. Da das Blut am Hals heruntergelaufen sei, habe man vermutet, ihm sei die Halsschlagader durchstoßen worden. Daß diese Nachricht noch über Lautsprecher verbreitet wurde, als der verletzte Beamte sich längst zum Einsatz zurückgemeldet hatte, ist freilich ein Schönheitsfehler in dieser Geschichte.

Vor der Oper und später in den Straßen der Innenstadt rächten die Polizisten den „Mord“ an ihrem Kameraden. Bei einer dieser Selbstjustizaktionen wurde der Student Benno Ohnesorg erschossen. Wie es zu den Schüssen kam, darüber werden von offizieller Seite — nachdem der Gebrauch von Schußwaffen zunächst überhaupt abgestritten worden war — mittlerweile vier Versionen verbreitet. Keine stimmt mit den Berichten der vielen Augenzeugen überein.

Fest steht, daß Ohnesorg bevor oder nachdem er von einer Kugel in den Hinterkopf getroffen worden war, schwer mißhandelt wurde. Die Obduktion ergab Prellungen und Blutergüsse durch Schlageinwirkung am ganzen Körper des Toten. Dem Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Löffler erklärte ein Oberwachtmeister vor der Oper: „Warum hat der Kriminalbeamte nur geschossen? Wir hatten den Demonstranten doch schon sicher.“ Der Polizeipräsident bleibt jedoch bei der Behauptung, seine Beamten hätten überhaupt nicht bemerkt, daß jemand niedergeschossen worden sei.

Die Reaktion der politischen Führung auf die Ereignisse des zweiten Juni disqualifiziert den Senat dieser Stadt. Es begann mit einer Erklärung des Regierenden Bürgermeisters, die nicht mit einem einzigen Wort den Tod des Studenten bedauerte. Albertz bedauerte statt dessen, daß ein „Gast der Bundesrepublik Deutschland in der deutschen Hauptstadt beschimpft und beleidigt“ wurde. Er bedankte sich zugleich bei der Polizei für ihre äußerste Zurückhaltung — nachdem er von dem Todesopfer und der großen Zahl Schwerverletzter unterrichtet worden war. Es ist verständlich, daß die Studenten diese Erklärung „zynisch“ nannten. Sie offenbart zumindest einen bedenklichen Mangel an menschlichem und politischem Takt.

Durch Falschmeldungen, Verweigerung von Informationen und Mangel an Informiertheit verschleierte der Senat und die Polizei die Vorfälle. Erst der Rechtsanwalt der Studenten informierte die Pressevertreter von der Tatsache, daß Benno Ohnesorg erschossen worden war. Am Sonnabend stellte sich weder ein Mitglied des Senats noch der Polizeipräsident der Presse. Der Senatssprecher wurde allein an die Front geschickt — falsch oder unvollständig informiert. Als dann am Montag Innensenator Büsch und Polizeisenator Dünsing auf einer Pressekonferenz erschienen, mußte ein ausländischer Journalist darum bitten, die Fragen seiner Kollegen doch auf angemessenem Niveau zu beantworten.

Auf kaum eine wesentliche Frage wurde eine präzise Auskunft gegeben. So konnte der Innensenator drei Tage nach dem Geschehen noch

immer nicht die vollständige Zahl der Verletzten im Krankenhaus liegenden Opfer der Polizeiaktion bekanntgeben. Seine Begründung: Ein städtisches Krankenhaus verweigere mit Berufung auf die ärztliche Schweigepflicht die Auskunft. So ist es kein Wunder, daß sich das Gerücht hält, es gebe noch weitere Todesopfer der Ausschreitungen vor der Oper.

Regierender Bürgermeister, Senat und Polizeipräsident haben kein Wort der Kritik an den Polizeimaßnahmen geäußert. Sie billigten Form und Umfang der polizeilichen Maßnahmen wiederholt und ohne Vorbehalt — ohne die Ergebnisse der Ermittlungen abzuwarten. Sie traten eine panische Flucht nach vorn an. Der Justizsenator wurde beauftragt, die Einrichtung von Schnellgerichten vorzubereiten, „um die Kriminalität nachhaltig bekämpfen zu können, mit der Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt untergraben werden“.

Der Senat verhängte zunächst ein generelles Demonstrationsverbot über die Stadt und setzte damit das Grundrecht der Versammlungsfreiheit außer Kraft. Später modifizierte er: Jeder Antrag, eine Studenten-Demonstration durchzuführen, werde einzeln geprüft und abgelehnt. Juristisch vertretbar scheint das Versammlungsverbot weder in der einen noch in der anderen Version. Der Senat war überdies bestrebt, auch Zusammenkünfte der Studenten innerhalb der Universität mit polizeilichen Maßnahmen zu verhindern. Das freilich scheiterte am Widerstand des Rektors und einiger Dekane. Sie stellten den Studenten die Hörsäle ohne Einschränkung für Diskussionen und Protestversammlungen zur Verfügung.

Zur Verschärfung der Lage trugen die auflagenstärksten Berliner Zeitungen bei. Da wurde der „schahfreundliche“ persische Schlägertrupp in einer Bildunterschrift zu studentischen Demonstranten, die die Polizei angriffen. Da rief die *BZ* „Arbeiter, Angestellte und Beamte“ zum Widerstand gegen die „Rabauken“ auf, „deren Dasein zu einem nicht geringen Teil von den Steuergeldern der hart arbeitenden und um ihre Existenz ringenden Bevölkerung getragen wird“. Da schürte schließlich *Bild* Pogromstimmung mit der Schlagzeile: „Studenten drohen: Wir schießen zurück“ und der Unterzeile: „Sanfte Polizei-Welle“.

Nur der besonnenen Haltung der Vertreter der Studentenschaft, die ihre Kommilitonen mehrmals im letzten Augenblick vor unbedachten Aktionen zurückhielten, ist es zuzuschreiben, daß auf die Ereignisse am Freitag nicht eine zweite Katastrophe folgte. Doch noch gleicht die Innenstadt einem Heerlager. In der Innenstadt und im Bereich der Freien Universität stehen Tag und Nacht Mannschaftswagen der Polizei zum Einsatz bereit. Eine Entspannung der Lage ist nicht abzusehen.

Die Politik der Härte aus Schwäche wird jene Probleme nicht lösen, die durch Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit geschaffen wurden. Politische Führung, Polizei und örtliche Presse haben dazu beigetragen, daß sich die Mehrheit der Studenten mit einer radikalen Minderheit solidarisierte.

# Füchsejagen in der Bismarckstraße

Was die Berliner Polizei unter „weicher Welle“ versteht —  
Ein Augenzeugenbericht / Von Jürgen Zimmer

Berlin, im Juni

Als der Wagen des Schah um 19.56 Uhr vor der Oper hält, sind die Demonstranten auf der gegenüberliegenden Seite der Bismarckstraße zwischen den Barrieren der Polizei und einem übermannshohen Bauzaun zusammengedrängt. In der Stunde zuvor hatten Polizisten die Demonstranten von Zaun und Bäumen geprügelt, Rauchkerzen in die Menge geschleudert, Studenten über die Barriere gezerrt, getreten und zusammengeschlagen; Demonstranten hatten Polizisten mit Steinen verletzt.

Zwischen 19.57 Uhr und 20.09 Uhr herrscht Aufbruchstimmung. Der Schah ist in der Oper, die Demonstranten beginnen seitlich in die

Krumme Straße abzuwandern. Die Parole „Zehn Uhr wiederkommen“ wird durchgegeben. Die Bismarckstraße gleicht einem Heerlager der Polizei. Vor den Barrieren formieren sich in gestaffelten Reihen Polizisten, die ihre Gummiknüppel schlagbereit in der Hand halten. Auf dem Mittelstreifen der Straße fahren Krankenwagen vor.

Um 20.09 Uhr beginnt ein Massaker. Hat der Berliner Polizeipräsident Dünsing es vorausgeplant, als er für den abendlichen Einsatz den Befehl erteilte, die Straße freizuprügeln, sowie der Schah die Oper betreten habe? Ohne Ankündigung des Polizeilautsprechers, ohne Warnung durch die Polizisten, ohne akuten Anlaß



Aufnahme: Heinrich Burger

So prügelte die Polizei, wo kurz danach die Schüsse fielen

prügeln Stoßtrupps auf die Demonstranten ein. In der Mitte entsteht für kurze Zeit ein Kessel. Als die Polizisten über die Barrieren prügeln, schreit ein Demonstrant „hinsetzen“, aber die Polizisten schlagen auf die Sitzenden ein. Einige versuchen hochzukommen, lassen sich wieder fallen. Mädchen bitten: „Nicht schlagen“, aber die Polizisten schlagen mit äußerster Kraft, schlagen auf Ohnmächtige, auf Liegende, auf Studenten, die ihren zusammengebrochenen Kommilitonen helfen wollen.

Ulrike Krüger, Philosophiestudentin aus Kassel, gehört zu den ersten Opfern. Mehrere Polizisten dreschen auf sie ein. „Die hatten verzerrte, entfesselte Gesichter“, sagte sie später. „Die wußten doch, daß ich weglaufen wollte, und sie haben trotzdem geknuppelt.“ Ich finde sie auf einer Wiese an der Krummen Straße, sie windet sich in Krämpfen, ihr Gesicht ist blutüberströmt, die Kleider sind verschmutzt. Später diagnostizieren sie im Westend-Krankenhaus eine Nierenprellung. Dort fallen auch Äußerungen wie diese: „Die dreckigen Studentinnen. Denen braucht man nur unter die Röcke zu sehen.“ Als Ulrike Krüger am nächsten Tag starke spastische Schmerzen bekommt und der ärztliche Notfalldienst gerufen wird, weigert sich der Bereitschaftsarzt: „Wenn das mit der Prügelei zu tun hat, kann ich aus juristischen Gründen nicht kommen.“

Die Wienerin Elfriede Rosenstrauch steht vorn an der Barriere, als die Polizisten stürmen. Sie läßt sich fallen und schützt sich mit den Armen, „weil ich dachte, daß sie mich dann nicht schlagen“. Sie wird von drei Polizisten verprügelt und versucht sich zu retten: „Ich bin einigermaßen heulend gerannt, ich wußte nicht wohin, überall schlugen Polizisten.“

In diesem Kessel versuchen an einer anderen Stelle die Demonstranten zu fliehen. Aber sie fallen übereinander und werden überrannt. Die Medizinstudentin Dina Ter-Nedden liegt eingeklemmt unter mehreren gestürzten Kommilitonen. „Ich dachte, ich müßte sterben. Ich konnte nicht den Brustkorb heben, um zu atmen.“ In der Nähe schützt sich ihr Verlobter, Eugen Schwarze, mit den Armen gegen die Schläge. Als er dann versucht, ein ohnmächtiges Mädchen aufzuheben, um es durch die Polizeikette zu tragen, erhält er Schläge über die Stirn, wird bewußtlos und findet sich blutend über einer Barriere liegend wieder.

Ein Student wird im Tumult an die Barriere gedrückt und stemmt sich dagegen. Er bekommt einen Schlag auf den Hinterkopf und stürzt. Einem Polizisten reicht das nicht. „Der markiert doch bloß, hau ihm doch noch mal einen rüber, dann ziehen wir ihn raus.“ Die Demonstranten verhindern das.

Es gibt auch andere Polizisten. Einen zum Beispiel, den man beobachtet, wie er mit ausgebreiteten Armen zwei seiner brutal prügelnden Kollegen aufzuhalten versucht. Einen anderen, der ausholt, um zu schlagen, und es sein läßt, als man ihm zuruft „wir gehen doch“. Oder dieser, der sich bei einer schwerverletzten Studentin entschuldigt: „Um Gottes willen, glauben Sie bloß nicht, daß alle so sind.“

Während im mittleren Abschnitt die Prügelei

im vollen Gange ist, nähert sich von der Wilmersdorfer Straße her ein Polizeiwagen und fordert über Lautsprecher die Demonstranten auf, die Bismarckstraße zu räumen. Die Polizisten schlagen nun auf der ganzen Front. Zur Krummen Straße hin bilden sie eine Gasse und prügeln einander die fliehenden Demonstranten zu. „Da haben wir Lust gehabt“, sagt einer später.

Die Demonstranten drängen in panischem Schrecken in die Krumme Straße. Noch auf der Bismarckstraße wird ein Mädchen durch die Barriere gedrückt. Der Kaufmann Jürgen Bobe versucht zu helfen und bekommt dafür einen Faustschlag hinter das Ohr. Er sieht, wie neben ihm ein junger Mann zu Polizisten sagt, er wolle auf die andere Straßenseite, sieht, wie vier oder fünf sich auf ihn stürzen, ihn niederknuppeln, ihm die Brille zerschlagen und, über ihn gebeugt, prügeln, während er schreit.

Hans Rüdiger Minow wird von sechs Polizisten angegriffen und über die Straße geschleift. Sie treten ihn und schlagen mit Fäusten und Knüppeln. Er versucht sich zu befreien, wird aber niedergeprügelt, dann wieder an den Haaren hochgezogen und auf den Hinterkopf geschlagen. Man schleift ihn zu einem Einsatzwagen auf dem Mittelstreifen. Minow gibt an, die Ausdrücke „Judenschwein“ und „Kommunistenschwein“ gehört zu haben. Man stellt ihn auf die zweite Stufe der Wagentreppe, hält ihn fest und prügelt ihn von neuem. Er bekommt einen Tritt und stürzt in den Mittelgang. Er und andere Zeugen im Wagen hören über Funk, daß der „Plan Fuchsejagen“ beginnen solle.

Gemeint ist vermutlich die Jagd der Polizisten in der Krummen Straße auf „Störer“. Der Wasserwagen tritt in Aktion. „Störer“, diese Typologie ergibt sich bald, sind vornehmlich Studenten mit Bart, Brillenträger, auffällig gekleidete Demonstranten und Mädchen, die in der Perspektive der Jäger als „Schlampen“ gelten. Verletzte Demonstranten, die in den Hauseingängen Schutz suchen, werden von den Bewohnern zurückgetrieben. Zwei Ärzte wollen Verletzten helfen, die Polizei weist sie ab. Die Verletzten werden nur in die städtischen Krankenhäuser eingeliefert. Das private Martin-Luther-Krankenhaus bietet vergeblich seine Hilfe an.

Ein Haus, dessen Erdgeschoß als Abstellplatz für Autos ausgebaut ist, wird wiederholt zum Schauplatz von Verfolgungsszenen. Benno Ohnesorg wird hier um 20.30 Uhr von hinten erschossen. Auf der Wilmersdorfer Straße zünden Demonstranten Zeitungen an. Dann jagen Polizisten in periodischen Sprints die Demonstranten zur Kantstraße. Ein Polizeilautsprecher verbreitet auf dem Kurfürstendamm die Falschmeldung, ein Polizist sei erstochen worden. In der Nähe der Gedächtniskirche endet die Jagd.

Die Berliner Polizeigewerkschaft kommentiert: „Die Verhaltensweise einer Minderheit Wirtköpfiger und der sich zu ihnen gesellenden hysterischen, notorischen Radaumacher zeigt der Berliner Bevölkerung erneut, daß es dieser kleinen radikalen Clique darum geht, das Ansehen Berlins systematisch zu ruinieren. Die Berliner Polizeigewerkschaft verteidigt Sitte und Anstand. Sie verlangt, vom Kurs der weichen Welle bei der Behandlung solcher Kriminellen endlich abzugehen.“